

Uli Schöler · Thilo Scholle (Hg.)

# **Weltkrieg · Spaltung Revolution**

**Sozialdemokratie 1916–1922**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4260-2

© 2018 by  
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Hermann Brandner, Köln

Satz:  
Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2018

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

**Uli Schöler/Thilo Scholle**

Weltkrieg – Spaltung – Revolution: Zur Einführung . . . . . 11

## Der Weg in die Spaltung

**Jens Ebert**

Die Reflexion sozialdemokratischer Politik und des Kriegsthemas  
in Feldpostbriefen während des Ersten Weltkrieges . . . . . 34

## Perspektiven einer sozialdemokratischen Außen- und Europapolitik

**Willy Buschak**

Welches Europa? Richard Calwer, Max Cohen, Hermann Kranold  
und Georg Ledebour . . . . . 46

**Moritz Rudolph**

Joseph Blochs Idee von Kontinentaleuropa und der Krieg . . . . . 62

## Der Weg zur Parteispaltung

**Bernward Anton**

Wolfgang Heine und die »Erfindung« der Burgfriedenspolitik . . . . . 73

**Ernst-Albert Seils**

Hugo Haase in der Weltkriegszeit . . . . . 86

### **Gisela Notz**

Von der Heimweberin in die höchsten Ränge der SPD:

Luise Zietz (1865–1922) . . . . . 102

## **Die Haltung der Gewerkschaften**

### **Christian Zech**

Parteipolitischer Wandel und gewerkschaftliche Weichenstellung.

Ideologische Standortbestimmung(en) bei Siegfried Aufhäuser

vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs . . . . . 118

### **Reiner Tosstorff**

Robert Dißmann – Opposition zwischen Partei

und Metallarbeiterverband . . . . . 130

### **Karl Christian Führer**

Carl Legien (1861–1920) . . . . . 142

## **Regionaluntersuchungen**

### **Bernd Rother**

Die Wurzeln des Parteischismas – Erkenntnisse aus einem

regionalgeschichtlichen Vergleich . . . . . 153

### **Mike Schmeitzner**

Die Räterepublik als Diktatur des Proletariats . . . . . 166

### **Ralf Regener**

Heinrich Peus, Heinrich Deist

und der eigentümliche Weg der anhaltischen Sozialdemokratie

im Ersten Weltkrieg . . . . . 180

## Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats

### **Bernd Braun**

Drei Reichskanzler, drei Parteispalter? Philipp Scheidemann,  
Gustav Bauer und Hermann Müller . . . . . 194

### **Siegfried Heimann**

Otto Braun (1917–1920) . . . . . 208

### **Stefan Hillger**

Rudolf Hilferding – Mittler zwischen USPD und SPD? . . . . . 219

### **Uli Schöler**

Verzweifelt festhalten am Ziel der Einheit  
der Sozialdemokratie: Karl Kautsky . . . . . 230

### **Holger Czitrich-Stahl**

Georg Ledebour: Revolutionärer Sozialist, Mensch  
und Kämpfer, Novemberrevolutionär . . . . . 243

### **Volker Stalman**

Ein Theoretiker des Räteregimes:  
Ernst Däumig (1866–1922) . . . . . 255

### **Thilo Scholle**

Paul Levi und die Revolution . . . . . 267

### **Felicitas Söhner**

Antonie Pfülf – »denn Demokratie bedeutet ein viel  
schwierigeres Kampfmittel, als es die Gewalt gewesen ist.« . . . . . 281

### **Jörg Wollenberg**

»Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns«.  
Die Bremer Sozialisten mit Alfred Henke auf dem Weg  
von der Sozialreform zur Revolution . . . . . 296

**Ottokar Luban**  
Mathilde Jacob – eine wichtige Assistentin von Rosa Luxemburg,  
Leo Jogiches, Clara Zetkin und Paul Levi . . . . . 307

**Marga Voigt**  
Unverbrüchliche Treue gegen den internationalen Sozialismus.  
Aus Clara Zetkins Briefen 1915–1919 . . . . . 320

**Markus Schmalzl**  
Erhard Auer (1874–1945) – Aufstieg eines sozialdemokratischen  
Reformers während des Ersten Weltkriegs . . . . . 332

**Walter Mühlhausen**  
Friedrich Ebert (1871–1925) . . . . . 348

**Christopher Paesen**  
Arthur Crispian, ein unabhängiger Sozialdemokrat . . . . . 359

## **Spaltungen und Wiederannäherungen**

**Teresa Löwe-Bahners**  
Zwischen allen Stühlen: Eduard Bernsteins Stellung  
in der deutschen Sozialdemokratie 1918 bis 1920 . . . . . 372

**Lothar Wieland**  
»Der Sozialismus muss die nationalistisch-militaristische  
Ideologie zerstören!« Heinrich Ströbel (1869–1944) . . . . . 390

**Detlef Lehnert**  
Paul Löbe (1875–1967):  
Vom Redakteur zum Reichstagspräsidenten . . . . . 403

**Peter Fasel**  
Adolf Braun und das Ideal der Parteieinheit . . . . . 417

**Philipp Kufferath**  
Kinderschutzkommissionen und Arbeiterwohlfahrt.  
Die Transformation der sozialistischen Wohlfahrtspolitik  
zwischen 1914 und 1922 . . . . . 429

**Hartfrid Krause**  
Zwischen allen Stühlen: Georg Ledebour (1914–1924) . . . . . 442

**Peter Brandt**  
Nachwort . . . . . 457

**Anhang**

Abbildungsnachweis . . . . . 467  
Autorinnen und Autoren . . . . . 468





Uli Schöler/Thilo Scholle

## Weltkrieg – Spaltung – Revolution: Zur Einführung

In Erinnerung an Helga Grebing

In Publizistik wie Wissenschaft ist es mittlerweile zu einer guten und gewohnten Übung geworden, Dezenniums- oder gar Jahrhundertjubiläen nicht nur zum Anlass für mehr oder weniger nostalgische Rückschauen zu nehmen, sondern dabei auch zu einer Neuvergewisserung mit Blick auf bereits gewonnene beziehungsweise zu überprüfende Erkenntnisse vorzustoßen. Insofern hatte und hat das zweite Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, in dessen Zentrum die Verheerungen und Verwüstungen des Ersten Weltkriegs stehen, eine ganze Palette von Anknüpfungspunkten zu bieten. Auch verwundert es nicht, dass die Rückschau auf den sich zum 100. Mal jährenden Ersten Weltkrieg eine neue Debatte über die unterschiedlichen Aspekte der Verantwortlichkeiten der beteiligten Großmächte und der Kriegsschuld ausgelöst hat. Einerseits wurde auf diese Weise eine nochmals differenziertere Betrachtung möglich. Andererseits muss sicherlich auch zu beobachtenden Tendenzen widerspro-

chen werden, die deutsche Hauptverantwortung argumentativ entschuldigen zu wollen.<sup>1</sup> Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass in den meisten Neubetrachtungen eine genauere Analyse des Handelns der unterschiedlichen innenpolitischen Akteure weiterhin unterbelichtet bleibt.

Blicken wir auf das nächste »Jubiläumsjahr« mit Zäsurcharakter, auf 1917, so ist keine auch nur annähernd vergleichbare Intensität der Rückschau zu vermelden. Fast könnte man sagen, dass hier und da<sup>2</sup> eher pflichtschuldig an die Entstehung einer neuen sozialdemokratischen Partei, der USPD, erinnert wurde, es hingegen zu einer ähnlich intensiven Neubetrachtung der damit verbundenen Folgen (nicht nur für das deutsche Parteiensystem, sondern auch für die gesamte internationale Arbeiterbewegung) – von Ausnahmen abgesehen<sup>3</sup> – nicht gekommen ist. Wie schon 1914 markiert jedoch auch das Jahr 1917 eine Weichenstellung im 20. Jahrhundert, die bis heute wirkmächtig bleibt. Die sich bereits 1914 anbahnende innersozialdemokratische Spaltung erfährt mit der 1917 erzwungenen Neugründung der USPD eine Intensivierung und Beschleunigung. Die russischen Revolutionen desselben Jahres können als Ausgangspunkt einer neuen Konfliktkonstellation gesehen werden, die in das spätere »große Schisma« in die beiden sich auch international organisierenden Parteifamilien der Sozialdemokraten und der Kommunisten mündet. Es bilden sich dabei nicht nur unterschiedliche Parteikonzepte heraus. Vielmehr endet diese Konfliktlinie nach 1945 auch in

---

1 Vgl. die stimmige, kritische Rückschau bei *Andreas Wirsching*, Ursachen des Ersten Weltkriegs: Deutschland, in: *Horst Möller/Aleksandr Cubar'jan* (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Deutschland und Russland im europäischen Kontext*, Berlin/Boston 2017, S. 1 ff. Wirsching würdigt die »Schlafwandler«-These Christopher Clarks kritisch und liefert gleichzeitig einen guten Überblick über die neuere Literatur.

2 Vgl. etwa *Heinrich August Winkler*, Die Erblast der Linken. Vor 100 Jahren spaltete sich die SPD: Ein Ereignis, das bis heute fortwirkt, in: *FAZ*, Nr. 79, 3.4.2017, S. 6.

3 Vgl. u. a. *Peter Brandt/Detlef Lehnert*, Neufindungsprozesse in der SPD-Geschichte 1917–1922 und 1957–1963, in: *perspektivends 34*, 2017, H. 1, S. 174 ff.; *Mario Hesselbarth*, Zur Geschichte der USPD. Aus Anlass des 100. Jahrestages ihrer Gründung 1917 in Gotha, Berlin 1917; *Thilo Scholle*, 100 Jahre Gründung der USPD, in: *spw 40*, 2017, H. 4, S. 85 f.

unterschiedlichen Blöcken staatlicher Herrschaft im Westen beziehungsweise Osten Europas. An anderer Stelle wird dieser Zusammenhang so beschrieben: »Spaltungen, Fusionen und Neugründungen sortierten die Parteienlandschaft völlig neu, am prägendsten für das 20. Jahrhundert war der Bruch zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus.«<sup>4</sup>

Natürlich ist diese Erkenntnis nicht neu, allerdings haben wir bis heute festzustellen, dass die Wahrnehmung dieser Phase und der mit ihr einhergehenden Zäsur von einer eigentümlichen Schwarz-Weiß-Zeichnung geprägt ist – je nach politischem Standpunkt oder -ort beziehungsweise Herkunft des Betrachters. Diese Sichtweise lässt sich in einer bewusst vereinfachenden Weise so skizzieren: Danach hätten sich bereits vor Kriegsausbruch und den durch die Bewilligung der Kriegskredite ausgelösten innerparteilichen Zerrüttungen – in der Revisionismus- wie der Massenstreikdebatte – drei »Hauptströmungen« der Sozialdemokratie herausgebildet: eine reformistisch-revisionistische Rechte, ein sich marxistisch verstehendes Parteizentrum und eine marxistisch-aktivistische Linke. Infolge des Bruchs in der Haltung zum Krieg, der unterschiedlichen Positionierungen zur bolschewistischen Machtübernahme in Russland sowie der auseinandergelassenen Haltungen zum Parlamentarismus und zum Räte-system nach der Novemberrevolution 1918 hätten sich die innerparteilichen Kräfte neu gruppiert. Am Ende dieses mehrschichtigen und mehrstufigen Umbruchprozesses habe sich die »Spreu vom Weizen« getrennt; nur die beiden das 20. Jahrhundert prägenden Hauptrichtungen seien übriggeblieben: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Erzählung der Geschichte dieser Jahre (und ihrer Folgen) erfolgt meist auf geradezu teleologische Weise: Die Spaltung

---

4 Axel Weipert/Fabian Bennewitz, Zum Schwerpunkt »An den Rändern der Revolution: Marginalisierung und Emanzipation im europäischen Revolutionszyklus ab 1917«, in: Arbeit. Bewegung. Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Berlin 16, 2017, H. 3, S. 7.

in zwei große Parteifamilien, die Trennung der »feindlichen Brüder«<sup>5</sup>, sei unausweichlich gewesen.

Pars pro toto mag zur Illustration hier eine jüngere Intervention in einer der Tradition der Arbeiterbewegung eher fernstehenden Tageszeitung, der FAZ, stehen:

»Es war gerade die explizit sozialdemokratische Zweite Internationale, allen anderen Mitgliedsparteien voran die SPD, die den vormaligen Internationalismus der Arbeiterbewegung 1914 umgebracht hat. Die Partei und einige ihrer wichtigsten Schwestern hatten sich nämlich zunächst von der Revolutionsidee verabschiedet (via Reformismus) und dann vom Internationalismus; treu blieb beidem nur eine Minderheit, die in Deutschland via Spartakusbund dann zur KPD wurde [...].«<sup>6</sup>

Eine derartige Einschätzung hat auf den ersten Blick den Vorteil der Eindeutigkeit auf ihrer Seite. Gut und Böse, Schwarz und Weiß sind klar verteilt: hier die teils zaudernden, teils verratenden Reformisten, dort die prinzipientreuen Revolutionäre. Je nach Betrachtungsweise sind dann auch für den weiteren Fortgang der Geschichte in Deutschland wie in Europa in der Zeit des Kalten Krieges die einen oder die anderen auf zwei unversöhnlichen Polen die Guten oder die Bösen. Wir teilen diese Sichtweise ausdrücklich nicht, halten vielmehr eine differenziertere, tiefer bohrende Betrachtung und Analyse der historischen Ereignisse für angebracht. Bevor wir dies näher erläutern, soll aber zumindest kurz beleuchtet werden, in welcher Weise die vereinfacht geschilderte dichotomische Betrachtung bis heute wirkungsmächtig ist. In zahllosen Reden und Interviews hat bis vor wenigen Jahren insbesondere der »doppelte Parteivorsitzende« Os-

---

5 Vgl. paradigmatisch zu dieser Begrifflichkeit etwa der Titel bei *Thomas Kurz*, *Feindliche Brüder im deutschen Südwesten. Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg von 1928 bis 1933*, Berlin 1996.

6 *Dietmar Dath*, *Der rechte Lohn. Die Anständigen und die Abhängigen: Wie links und internationalistisch ist die soziale Frage noch?*, in: FAZ, Nr. 255, 3.11.2017, S. 11.

kar Lafontaine (zunächst SPD, dann Die Linke) in seinen Funktionen als Politiker der Partei Die Linke für sich und seine Partei die Tradition der Internationalisten und Pazifisten in der deutschen Arbeiterbewegung, und damit die der USPD und KPD reklamiert. In diesem Sinne berief er sich zugleich auf die sozialdemokratische Tradition Willy Brandts. Seine ehemalige Partei, die SPD, sah er – insbesondere aufgrund ihrer Beteiligung an oder Zustimmung zu internationalen Kampfeinsätzen im Rahmen der UN beziehungsweise der NATO in der Tradition der Noske-SPD, der Mehrheitssozialdemokraten. Noch im vergangenen Jahr antwortete der Fraktionsvorsitzende der Linken Dietmar Bartsch auf die Frage nach einer möglichen Änderung der Haltung seiner Partei zu Fragen internationaler Politik geradezu reflexhaft: »Ich verlange von der SPD doch auch nicht, dass sie die Kriegskredite von 1914 zurückzahlt.«<sup>7</sup>

Viele Geschichtserzählungen von Historikern und Historikerinnen, die sich der SPD verbunden fühlen, beziehen sich spiegelbildlich in vergleichbarer Weise primär auf die Tradition des mehrheitssozialdemokratischen Flügels und die nach der Spaltung zur Unterscheidung als MSPD bezeichnete Partei, insbesondere in der Tradition Friedrich Eberts. Dafür steht geradezu sinnbildlich und bildhaft das Plakat, mit dem im Jahre 2013 anlässlich des 150-jährigen Parteijubiläums für die eigens dazu erstellte Ausstellung und die sie begleitende Veranstaltungen geworben wurde. Unter dem von frühen Maiplakaten bekannten Motiv der »französischen Marianne« prangte die Unterzeile: »Wählt mehrheitssozialdemokratisch«. So bringt man zum Ausdruck, auf welchen Teil man sich historisch zu beziehen und zu berufen gedenkt. Diese Reduktion des Blicks wird dabei selbst jener Geschichtsschreibung nicht gerecht, die gelegentlich – und nicht immer ganz freundlich – als sozialdemokratische »Hausgeschichtsschreibung« bezeichnet wird, denn diese ergreift keinesfalls immer in derartig eindeutiger Weise Partei für die MSPD.

---

7 »Die Verteilung von Reichtum in Deutschland ist obszön«. Dietmar Bartsch über Gerechtigkeit als Wahlkampfthema, die Chancen von Rot-Rot-Grün im Bund und seine Rolle als Lieblingslinker der SPD, in: Tagesspiegel, 23.4.2017, S. 3.



Dass ein solches Plakat aber nicht als ein bloßes Versehen zu bezeichnen ist, konnte man noch 2017 im offiziellen Parteiorgan »Vorwärts« lesen. Dort wurde per gepixeltem Foto eine historische Person gesucht, von der es in der Unterzeile hieß: »Als viele in der SPD zögerten, rief man ihn. Er stoppte die Gefahr. Doch seine Partei dankte es ihm nicht.« Die Erledigung seiner Aufgabe, »für Ordnung zu sorgen«, habe er »mit militärischer Akkuratess« bewältigt.<sup>8</sup> Der Gesuchte war: Gustav Noske. Da darf man sich letztlich nicht wundern, wenn man – in zugespitzten Auseinandersetzungen – als Noske-SPD denunziert wird. Zu dieser eher bipolar angelegten Geschichtserzählung gehört schließlich auch, wenn die am 4. August 1914 im Reichstag durch Hugo Haase vorgetragene Fraktionserklärung, mit der die Zustimmung zu den Kriegskrediten erläutert wurde, als Kontinuum sozialdemokratischer Landesverteidigungspolitik dargestellt wird, ohne dabei kenntlich zu machen, dass sich Haase als Fraktionsvorsitzender nur im Rahmen der Fraktionsdisziplin zur Verlesung dieser von ihm nicht mitgetragenen Haltung nötigen ließ.<sup>9</sup>

---

8 Lothar Pollähne, Wer war's? Historisches Bilder-Rätsel, in: Vorwärts, H. 10, Oktober 2016.

9 Vgl. Bernd Faulenbach, Die Parteien in Deutschland 1914–1918, in: Möller/Cubar'jan, Der Erste Weltkrieg, S. 110; ebenso Ders., Eine sozialdemokratische Tradition der Außenpolitik?, in: Bernd Faulenbach/Bernd Rother (Hg.), Außenpolitik zur Eindämmung entgrenzter Gewalt. Historische Erfahrungen der Sozialdemokratie und gegenwärtige Herausforderungen, Essen 2016, S. 17; anders hingegen mit zutreffender Differenzierung Walter Mühlhausen, Die Sozialdemokratie am Scheideweg, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, Weyarn 1997, S. 655: »Die Entscheidung des 4. August war im Grunde eine Wendemarke der Sozialdemokratie als Gesamtpartei. Sie wurde von vielen innerhalb und außerhalb der Partei so verstanden.« Zur Haltung Haases vgl. Ernst-Albert Seils, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 2016, S. 473 ff.

## 1 Die notwendige Abkehr von den Schwarz-Weiß-Bildern

Diese sicher arg voluntaristisch ausgewählten kleinen Streiflichter illustrieren gleichwohl, wie unproduktiv über Jahrzehnte hinweg mit historisch komplexen wie komplizierten Prozessen umgegangen wurde. Die mangelnde Lernbereitschaft wird in der politischen wie historischen Auseinandersetzung zumeist immer nur auf der anderen Seite gesehen, differenzierte Sichtweisen haben es angesichts der Neigung zur Zeichnung von Schwarz-Weiß-Bildern schwer, auf breiterer Basis durchzudringen. Dabei ist die Geschichte, auch die sozialdemokratische, dieser Jahre weitaus komplexer und differenzierter. Es beginnt schon damit, dass auch in der Mehrheitssozialdemokratie verschiedene Strömungen miteinander um den einzuschlagenden Kurs rangen. Kritiker der Kreditbewilligung gab es auch dort, sie waren – anders als andere – jedoch nicht bereit, deshalb die über Jahrzehnte bewahrte, ja fast zum Fetisch geronnene »Einheit der Sozialdemokratie« (und in ihrem Verständnis damit der Arbeiterbewegung) aufs Spiel zu setzen. Die Motive dafür, die Politik der Kreditbewilligung und des Burgfriedens mitzutragen, waren ebenfalls sehr unterschiedlich gelagert: Für die einen war es die Furcht vor der asiatischen Despotie des russischen Zarismus, für andere der ernsthafte Glaube, Deutschland sei wirklich überfallen worden, und für Dritte die spekulative Hoffnung, durch Absprachen mit den herrschenden Eliten die gesellschaftliche Isolierung der Sozialdemokratie aufzubrechen. Nicht verschwiegen werden soll, dass in diesen Debatten auch offen annexionistische Positionen zu Wort kamen.<sup>10</sup>

Die später entwickelte Betrachtungsweise, in diesen Jahren sei es in letzter Konsequenz um die Alternative demokratischer Parlamentarismus oder Rätssystem beziehungsweise Rätediktatur gegangen, wird ebenfalls der zeitgenössischen Debatte nicht gerecht. Ambitionierte Rätekonzeptionen (zumeist in Kombination mit parlamenta-

---

10 Zu diesem Thema vgl. jetzt die Wiederauflage der zeitgenössischen Schriften eines elsässischen Sozialisten: *Salomon Grumbach, Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten 1914–1918*, Bremen 2017.

risch-demokratischen Strukturen) wurden auch innerhalb der MSPD entworfen und diskutiert. Schon die Tatsache, dass die Mehrzahl der Delegierten auf den jeweiligen nationalen Rätekongressen der MSPD angehörte beziehungsweise mit ihr sympathisierte, unterstreicht, dass diese Verbindung enger war als es eine Deutung wahrhaben will, die darin nur ein »Sich-an-die-Spitze-Setzen« durch mehrheitssozialdemokratische Funktionäre zum Zwecke des Abwürgens der Revolution zu sehen vermag.

## 2 Ein neuer Blick auf den »Zentrismus«?

Umgekehrt geht die Behauptung sicher nicht zu weit, dass die intelligentesten Konzeptionen einer Kombination von parlamentarischem und Rätesystem in Staat und Wirtschaft von eher gemäßigten beziehungsweise »zentristischen« Vertretern der USPD entwickelt wurden, deren Einfluss allerdings infolge der sich nach 1919 ungeheuer beschleunigenden Radikalisierung der Parteianhänger- und -mitglieder immer mehr zurückgedrängt wurde. Das, was in der späteren, rückbetrachtenden Forschung relativ schematisch als ein sich herausbildender Gegensatz von »demokratischen Sozialisten« (ein Begriff, der zeitgenössisch noch kaum Verwendung fand) und dogmatischen Parteikommunisten zu fassen versucht wurde, wies in den Jahren der Debatte um »Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats« weit mehr Grau- als Schwarz-Weiß-Töne auf.<sup>11</sup> Aus heutiger Sicht, auf der Folie der Erfahrung von mehreren Jahrzehnten sowjetkommunistischer Herrschaftsausübung, ist es natürlich keines-

---

11 Vgl. die Darstellung der zeitgenössischen, u. a. von den russischen Ereignissen gespeisten Debatte auf mehreren Hundert Seiten bei *Uli Schöler*, »Despotischer Sozialismus« oder »Staatsklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjet-russischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929), Hamburg/Münster i. Westf. 1991, Bd. 1, S. 252 ff.; vgl. jetzt auch *Mike Schmeitzner*, Ambivalenzen des Fortschritts. Zur Faszination der proletarischen Diktatur in der demokratischen Revolution 1918–1920, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 53, 2013, S. 113 ff.



falls abwegig, sowohl das zeitgenössisch Lenin'sche wie das spätere marxistisch-leninistische Verständnis einer »Diktatur des Proletariats« gewissermaßen als Scheidelinie zwischen demokratischen und autoritär-diktatorischen Sozialismuskonzepten zu begreifen.<sup>12</sup> Allerdings versteht man auf diese Weise nicht, wie und warum zeitgenössische Denker wie Karl Kautsky, Max Adler oder selbst Hans Kelsen so viel Mühe darauf verwendeten, den demokratischen Gehalt dieses Marx'schen Begriffs herauszuarbeiten, der viel Potenzial für Missverständnisse in sich barg. In dieser simplifizierenden Lesart versteht man schon gar nicht, dass selbst ein so gemäßigter Sozialdemokrat wie Hermann Müller noch 1928 in einer Rückbetrachtung auf die Ereignisse von 1918/19 die Phase der »Regierung der Volksbeauftragten« als die »Periode der Diktatur des Proletariats« beschreiben konnte.<sup>13</sup> Zudem wurde die Trennung in die Parteien MSPD und USPD von vielen Beteiligten zunächst nicht als dauerhafte Spaltung der Sozialdemokratie verstanden. Auf beiden Seiten fanden sich Akteure, die persönliche Brücken nicht abreißen lassen wollten und organisatorisch eine Wiedervereinigung beider Parteien im Blick behielten.

Wie bereits angedeutet, veränderten und verschoben sich in diesen spannungsgeladenen Jahren nicht nur die Themen und die Herausforderungen an sozialdemokratische Politik, sondern es positionierten sich auch die Akteure neu<sup>14</sup> – sei es in einem individuellen oder in einem Gruppenprozess. Schon früh ist etwa der Schwenk der

---

12 An dieser Stelle erneut in diesem Sinne etwas schematisierend-vereinfachend *Faulenbach*, *Die Parteien in Deutschland*, S. 115: »Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD unterschied sich von der MSPD und auch der Mehrheit der USPD durch das Plädoyer für eine Diktatur des Proletariats an Stelle einer Demokratie nach westlichem Muster.«

13 *Hermann Müller*, *Die Novemberrevolution*, Berlin 1928, S. 89.

14 In dieser Hinsicht wiederum durchaus zutreffend *Faulenbach*, *Die Parteien in Deutschland*, S. 113 f.; ebenso bereits *Mühlhausen*, *Die Sozialdemokratie am Scheideweg*, S. 650: »Wenn auch der Boden für die Trennung bereitet war, so folgte sie keineswegs wie eine unausweichliche Konsequenz aus der Vorkriegsentwicklung; erst die durch den Krieg entstehenden neuen Konfliktfelder, die zunächst die Flügel durchbrachen, führten schließlich zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD).«

sogenannten »Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe« von einer Position einer sich marxistisch verstehenden Linken auf den äußersten rechten Rand der Mehrheitssozialdemokratie beschrieben worden.<sup>15</sup> Ebenso unterstreicht die Verortung wichtiger »Galionsfiguren« der vormaligen Parteirichtungen, wie sie sich in und nach der Revisionismus- und Massenstreikdebatte herauskristallisiert hatten, den Neuorientierungs- und Umgruppierungsprozess: Mit Eduard Bernstein, dem geistigen Vater des »Revisionismus«, mit Karl Kautsky, dem Bewahrer des Bebel'schen Erbes eines »marxistischen Zentrums« und Rosa Luxemburg, der linksaktivistischen Ikone der Spartakusgruppe, beherbergte die sich gründende USPD die Führungsfiguren aller vorherigen Hauptströmungen.

Die sich überschlagenden Ereignisse warfen neue Fragen auf: Wie sollte man sich im Spannungsfeld von Krieg, Internationalismus, Patriotismus und Pazifismus positionieren? Eröffnete die Krise des Weltkriegs eher eine Perspektive für einen parlamentarisch-demokratischen Weg in Richtung Sozialismus, oder ließen die Verhältnisse nur den revolutionären (und zugleich gewaltsamen) Umsturz zu? Spätestens mit dem Sieg der bolschewistischen Partei in der russischen Oktoberrevolution war die Frage des Verhältnisses von parlamentarischer Demokratie und Rätssystem auf die Tagesordnung gesetzt.<sup>16</sup> Und mit den Räten war zugleich die Frage nach Umfang und Ausgestaltung von Sozialisierungsforderungen und damit von Konzepten von Wirtschaftsdemokratie (ein Begriff, der erst ca. zehn Jahre später seine Blüte erleben sollte) aufgeworfen. Quer zu diesen politisch-inhaltlichen Schlüsselfragen wiederum verhielt sich ein weiteres Problemfeld, das durch die Abfolge der Ereignisse insbesondere in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unabweisbar in den Mittelpunkt gerückt war: Welches Parteiverständnis sollte zukünftig das Miteinander prägen? Welche Rolle sollte und durfte die lange wie ein Fetisch hochgehaltene Parteidisziplin spielen?

---

15 Robert Sigel, *Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe*, Berlin 1976.

16 Zu diesem Komplex vgl. u. a. das Kapitel »Die sozialdemokratische Debatte um Demokratie und Parlamentarismus« in *Marcus Llanque, Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000, S. 277 ff.

### 3 Zum Forschungsstand

Bilanziert man nüchtern den Stand der Forschung über diese Periode, so lässt sich unschwer feststellen, dass Vieles als ausgesprochen gut erforscht gelten kann. Angesichts des eingangs Beschriebenen mag es nicht unbedingt verwundern, dass auch hier eine gewisse – erst langsam aufbrechende – Dichotomie festgestellt werden kann. Auf westlich-sozialdemokratischer Seite überwog lange der Blick auf die Mehrheitssozialdemokratie, erinnert sei nur beispielhaft an die bahnbrechenden Studien von Susanne Miller<sup>17</sup> oder Heinrich August Winkler.<sup>18</sup> Das in den 1970er-Jahren eher kurz aufflackernde Interesse an der USPD mit der Arbeit von Hartfrid Krause und mehreren Studien im angelsächsischen Raum<sup>19</sup> ebte schnell wieder ab. Innerhalb der ostdeutschen Forschung überwog lange der Blick auf den Prozess der Herausbildung der KPD (und deren spätere Führungsfigur Ernst Thälmann). Erst sehr spät näherte man sich einer intensiveren Beschäftigung auch mit den widersprüchlichen Rollen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in diesen Jahren (wobei sie lange mehr als »Märtyrer« denn als kritische Ideengeber ins Blickfeld gelangten). Paul Levi etwa blieb angesichts seines Weges zurück in die Sozialdemokratie eine *Persona non grata*.<sup>20</sup>

---

17 *Susanne Miller*, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; *Dies.*, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.

18 Heinrich August Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Bd. 1: Von der Revolution bis zur Stabilisierung: 1918–1924, Berlin u. a. 1984.

19 Vgl. *Hartfrid Krause*, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M./Köln 1975; *David M. Morgan*, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca/London 1975; *Robert F. Wheeler*, USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1975; diese kritisch besprechend: *Susanne Miller*, Die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Archiv für Sozialgeschichte 17, 1977, S. 467 ff.

20 Zu seiner Person vgl. jetzt *Thilo Scholle*, Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied, Berlin 2017.

Dieses Bild wird komplettiert, wenn man auf die Phalanx derjenigen Politikerinnen und Politiker schaut, zu denen intensiv geforscht und im Gefolge dieser Forschungen Monografien vorgelegt wurden. Mit Arbeiten über die Mehrheitssozialdemokraten Gustav Bauer, Otto Braun, Eduard David, Friedrich Ebert, Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller, Gustav Noske, Philipp Scheidemann und Wilhelm Sollmann, um nur die wichtigsten zu nennen, ist dieser Bereich der »rechten« oder gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten ausgesprochen gut erforscht. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums liegen zahlreiche Arbeiten etwa zu Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring oder Clara Zetkin vor. Es dürfte nicht verwundern, dass das breite Spektrum »dazwischen« lange eher unterbelichtet blieb. Allerdings sind hier in den vergangenen Jahren erhebliche Lücken geschlossen worden, etwa durch Biografien über Otto Braß<sup>21</sup>, Hugo Haase<sup>22</sup>, Franz Künstler<sup>23</sup>, Paul Levi, Richard Müller<sup>24</sup>, Artur Stadthagen<sup>25</sup> oder Heinrich Ströbel.<sup>26</sup> Wie wenig Interesse den eher vermittelnden Positionen und ihren Vertreterinnen und Vertretern lange gezollt wurde, lässt sich auch daran ablesen, dass die Dissertation des späteren »Chefhistorikers« des ZDF Guido Knopp über die sogenannte »Einigungsstelle« und ihre Arbeit<sup>27</sup> keinen Verleger

---

21 *Gerlinde Lorenz*, »Leitstern« Sozialismus. Die politische Biographie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875–1950) und seines Sohnes Otto (1900–1972), Essen 2010.

22 *Ernst-Albert Seils*, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 2016.

23 *Ingrid Fricke*, Franz Künstler (1888–1942). Eine politische Biographie, Berlin 2016.

24 *Ralf Hoffrogge*, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

25 *Holger Czitrich-Stahl*, Arthur Stadthagen. Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung. Biographische Annäherungen an einen beinahe vergessenen sozialdemokratischen Juristen, Frankfurt a. M. u. a. 2011.

26 *Lothar Wieland*, »Wieder wie 1914!«. Heinrich Ströbel (1869–1944). Biographie eines vergessenen Sozialdemokraten, Bremen 2009.

27 *Guido Knopp*, Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917–1920. Unter besonderer Berücksichtigung der »Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie«, Diss., Würzburg 1975. Leider verliert der Autor in seinen gerade

fand, genauso wie eine Dissertation über Adolf Braun.<sup>28</sup> Über Eduard Bernstein wiederum ist viel publiziert worden, wenig jedoch über seine aktive Rolle im Rahmen der genannten Einigungsstelle.

In der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung dominierte entsprechend lange eine Auffassung, die sich – mit Susanne Miller – so auf den Begriff bringen lässt: »Hat die USPD eine Alternative zur Politik der MSPD dargestellt? Das war während des Krieges zweifellos der Fall. Später jedoch kann davon kaum die Rede sein. Denn diese durch miteinander unvereinbare Strömungen zerrissene Partei hat es nicht vermocht, eine eigene Politik zu entwickeln.«<sup>29</sup> Ein Befund, der einer Überprüfung nicht standhält.

Das durch die Parteiinstanzen der SED präformierte Geschichtsbild der DDR lässt es an Schwarz-Weiß-Zeichnungen schon gar nicht fehlen – nur ein weiteres Beispiel:

»In den deutschen Linken dokumentierten sich die progressivsten Kräfte, die konzeptionellen Träger der parteigeschichtlichen Kontinuität. [...] Es war ihnen jedoch vor 1914 nicht möglich, auf die Parteiführung und über diese auf die Mehrheit der Mitglieder der Partei bestimmenden und nachhaltigen Einfluß zu gewinnen. Daran hinderten sie vor allem der zunehmende Einfluß des Zentrismus, die auf Beherrschung der Partei abzielenden Machenschaften der Revisionisten und Reformisten [...].«<sup>30</sup>

Zwischen Revisionisten und Reformisten wurde aber allenfalls ein taktischer Unterschied gesehen, beide Strömungen wurden letztlich

---

erschiedenen Memoiren bei der Beschreibung seiner Doktorandenzeit weder darüber noch über die Motivation für die Beschäftigung mit dem Thema auch nur ein Wort; *Ders.*, *Meine Geschichte*, München 2017, S. 31 f.

28 *Peter Fasel*, *Doktor Adolf Braun (1862–1929). Grundriß zu einer politischen Biographie*, Diss., Würzburg 1990.

29 *Susanne Miller*, *Die USPD in der Revolution 1918*, in: *Michael Salewski* (Hg.), *Die Deutschen und die Revolution*, Göttingen/Zürich 1984, S. 357.

30 *Annelies Laschitza*, *Thesen zu einigen Forschungsergebnissen und -problemen über die Herausbildung der Krise der deutschen Sozialdemokratie (1910 bis 1914)*, in: *BzG* 23, 1981, H. 4, S. 539.



nur als »unterschiedliche Varianten des Rechtsopportunismus« aufgefasst.<sup>31</sup> In der Gründung der USPD wurde mit Blick auf die »Zentrismen« nur der Versuch gesehen, »die ständig wachsende Opposition nicht dem Einfluß revolutionärer Kräfte, vor allem der Spartakusgruppe, preiszugeben.«<sup>32</sup>

Wir sind der Auffassung, dass es hingegen an der Zeit ist, zu einer »Rehabilitierung« all derjenigen Personen, Positionen und Strömungen zu gelangen, die – den skizzierten Deutungen entsprechend – bislang meist negativ konnotiert unter dem Begriff des »Zentrismus« gefasst wurden. Dies wird nicht möglich sein, ohne sich zugleich der schwierigen Frage zu nähern, ob ein derartiger Begriff überhaupt produktiv verwendet und inhaltlich gefüllt werden kann. Beachtliche Bedenken diesbezüglich wurden schon früh artikuliert. Mit Blick auf Karl Kautsky als zentrale Figur in diesem Zusammenhang formulierte etwa die leider jüngst verstorbene Helga Grebing: »»Zentrismus« im Sinne einer parteibeherrschenden Ideologie waren die von Kautsky um 1910 entwickelten strategischen Grundlinien nicht.« Aber, sie fügt erläuternd hinzu:

»Was jedoch unter den sozialistischen Massen Identität stiftete, war keine Theorie, sondern eine ›sozialdemokratische Weltanschauung« mit der sinnfälligen Erfahrung dieser Massen, und diese Weltanschauung war nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine auch das soziokulturelle Milieu und die Reaktionen der Umwelt auf dieses Milieu prägende Affirmation von plausiblen, weil die eigenen Erfahrungen aufhebenden Sentenzen und affektiv abgefederten Sätzen.«<sup>33</sup>

---

31 Dieter Engelmann/Axel Wörner, Rolle und Funktion des Zentrismus nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in: ebd., H. 6, S. 827 f.

32 Ders., Zum 70. Gründungsjahr der USPD, in: BzG 29, 1987, H. 3, S. 325.

33 Helga Grebing, Abwehr gegen rechts und links. Zentrismus – ein aussagefähiger Begriff?, in: Jürgen Rojahn (Hg.), Marxismus und Demokratie. Karl Kautskys Bedeutung in der sozialistischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 149.

Mit dieser nicht alleine *theoriebezogenen*, sondern zugleich sozial- wie alltagsstrukturell angelegten Einordnung ließe sich gegebenenfalls doch ein Set von Elementen definieren, das eine erfolgreiche sozialdemokratische Integrationsideologie ausmacht, die zumindest in Österreich auch über die Zeit nach 1918/19 hinaus wirksam blieb.

#### 4 Sinn und Zweck eines biografischen Ansatzes zum Verständnis politischer Prozesse

Mit dem vorliegenden Band soll eine Perspektive eröffnet werden, die aus der geschilderten dichotomischen Sicht auf die Phase der Jahre 1916 bis 1922 und den mit ihr verbundenen Spaltungsprozess herausführt. Es wurde bewusst ein biografischer Ansatz für den Hauptteil der Beiträge gewählt, weil wir der Auffassung waren, dass sich vor allem auf diese Weise Differenzierungen und Nuancierungen leichter herausarbeiten lassen. Nach einer längeren Phase der kritischen Distanz der Forschung zu biografische Zugängen ist durchaus ein neuer Aufschwung der Biografieforschung zu verzeichnen.<sup>34</sup> Gewollt war zudem das Zusammenführen der Beiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Generationskohorten. Die biografischen Beiträge werden zugleich durch regionalgeschichtliche und inhaltlich ausgerichtete Vergleichsstudien flankiert, wodurch sicherlich ein kompletteres Gesamtbild entstehen kann. So können wir jetzt eine beachtliche Zahl biografischer Annäherungen und Miszellen präsentieren, durch die ein breites politisches Spektrum abgedeckt wird. Dem einen oder der anderen werden mit Blick auf das Inhaltsverzeichnis bedeutende (um nicht zu sagen: eigentlich unverzichtbare) Persönlichkeiten fehlen. Um nur Beispiele zu nennen: Beiträge über Otto Braß, Rudolf Breitscheid, Max Cohen-Reuß, Oskar

---

34 Vgl. den Themenschwerpunkt »Biographische Ansätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert« in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Nr. 45/2011.

Cohn, Eduard David, Wilhelm Dittmann, Kurt Eisner, Curt Geyer, Gustav Hoch, Otto Jensen, Richard Müller, Gustav Noske, Toni Sender, Anna Siemsen, Max Sievers oder Alexander Stein wären höchst wünschenswert gewesen. Ausgesprochen lohnenswert erschiene zudem eine Auswertung der zeitgenössischen Debatten in der Parteipresse und insbesondere den Theorieorganen. Bis heute weitgehend unbeachtet blieb beispielsweise die von Rudolf Breitscheid im Jahr 1916 unter dem Titel »Sozialistische Auslandspolitik« gegründete und dann von 1918 bis 1922 unter dem Titel »Der Sozialist (Sozialistische Auslandspolitik)« herausgegebene Zeitschrift, die vor allem Beiträge des »zentristischen« Flügels der USPD enthielt.<sup>35</sup> Am Ende eines Diskussions- und Auswahlprozesses, der mit einem *Call for Papers* und einem im Februar 2017 in Berlin durchgeführten Kolloquium begann<sup>36</sup>, haben wir uns für die hier präsentierte, wie wir meinen durchaus repräsentative Auswahl entschieden. Wir glauben, dass die hier versammelten Beiträge ein ausreichend differenziertes, neues Bild dieser Periode zu vermitteln vermögen.<sup>37</sup>

Wenn die Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Beiträgen unterschiedlich ausgefallen sind, ist dies sowohl den Besonderheiten der jeweiligen Protagonisten, über die geschrieben wurde, wie den von den Autorinnen und Autoren gesetzten Schwerpunkten geschuldet. Die Herausgeber haben sich einer allzu strengen Vorgabe für erwartete Inhalte entsagt und nur auf folgende Gesichtspunkte vor

---

35 Der Sozialist (Sozialistische Auslandspolitik). Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift, hg. v. *Rudolf Breitscheid*, Berlin 1918–1922, Reprint Vaduz 1988. Neu und gut erforscht ist mittlerweile auch das breite Gesamtgeflecht der sozialdemokratischen Parteipresse dieser Periode; vgl. *Mike Meißner*, *Der Verein Arbeiterpresse (1900–1933). Selbstverständnis, Autonomie und Ausbildung sozialdemokratischer Redakteure*, Baden-Baden 2017.

36 Vgl. *Holger Czitrich-Stahl*, *Alte Wunden, die langsam heilen könnten. Colloquium »Weltkrieg. Spaltung. Revolution – Sozialdemokratie 1916–1922«* in Berlin, in: *Arbeit. Bewegung. Geschichte* 16, 2017, H. 2, S. 151 ff.

37 Eine ähnliche Veranstaltung fand wenige Monate später in Gotha statt. Vgl. *Uwe Sonnenberg*, *100 Jahre Gründung der USPD. Kolloquium in Gotha*, in: ebd., H. 3, S. 146 ff.



der Erstellung der Beiträge hingewiesen, um eine gewisse Vergleichbarkeit der erwarteten »Produkte« zu gewährleisten:

- Wie positionierte sich die vorzustellende Person in der Frage des Krieges, und hatte sie eigene Vorstellungen mit Blick auf Friedenslösungen?
- In welchen Netzwerken bewegte sich der/ die Protagonist/in und welche Rolle spielten diese?<sup>38</sup>
- Welche Auffassungen vertrat er/sie im Zusammenhang mit den Themen innerparteilicher Pluralismus von Meinungen und Wertvorstellungen beziehungsweise Parteieinheit und -disziplin?
- Gab es eigene Vorstellungen in den Debatten um Räte und/oder Parlamentarismus, Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats?
- Welche Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Thema der Gewalt?
- Lassen sich anhand der vorgestellten Person psychologische Prozesse der Veränderung im Gefolge dieser Konflikte feststellen und verallgemeinern?

Dass diese Fragestellungen in den Beiträgen des Bandes auf je unterschiedliche Weise behandelt beziehungsweise aufgegriffen wurden, hat – so hoffen wir – die Lesbarkeit des Bandes nicht beeinträchtigt.

---

38 An anderer Stelle wurde in einem Vortrag unter Rückgriff auf den methodischen Ansatz der Netzwerk-Theorie versucht, die Herausbildung kriegskritischer Milieus in den Jahren des Weltkriegs zu erfassen; vgl. *Stefan Bollinger*, *Gegen den Krieg! Für den Sozialismus? Arbeiterbewegung und linke Intellektuelle gegen den Ersten Weltkrieg – aber für welche Alternative?* Konferenz Helle Panke – Rosa Luxemburg-Stiftung Berlin e. V., 10.5.2016, in: *Z* 27, 2016, H. 107, S. 192 (mit Blick auf einen Vortrag von Marcel Bois). Welche wichtige Rolle Gesichtspunkte der persönlichen bzw. regionalen Herkunft spielen können, wurde schon früh auch an einer »Königsberger« Fallstudie zu Hugo Haase und Otto Braun deutlich; vgl. *Wilhelm Matull*, *Hugo Haase und Otto Braun*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr.*, Bd. XVI, Würzburg 1966, S. 171 ff.

## 5 Zur Aktualität des Rückblicks auf historische Ereignisse

Schaut man – bilanzierend – auf die wenigen Beiträge des Jahres 2017, die im Umfeld der beiden die historischen »Hauptströmungen« der Arbeiterbewegung repräsentierenden beziehungsweise fortführenden Parteien aus Anlass der Ereignisse vor 100 Jahren publiziert wurden, so fällt auf, dass sie (ungeachtet des beschriebenen fortgeschrittenen *wissenschaftlichen* Erkenntnisstandes) im Wesentlichen die bekannte Erzählung des großen Schismas und seiner Entstehungsgründe fortschreiben – mit der Zuweisung der »Schuldfrage« jeweils an die andere Seite. Exemplarisch soll dafür für die sozialdemokratische Seite zur Illustration als Ausgangspunkt ein (von seinen Nachfolgern vielfach aufgegriffener und variiertes) Satz des damaligen Parteivorsitzenden Willy Brandt stehen, der in seiner Abschiedsrede 1989 emphatisch feststellte: »Trotz der Erfolge: auch die Sozialdemokraten hatten nicht immer Recht. Ich bin nicht töricht genug, dies zu bestreiten. Aber wir können ohne Selbstüberschätzung sagen: Nie war unsere Partei an der Seite derer, die Krieg anfangen und Knechtschaft über unser Volk brachten.«<sup>39</sup> Aber sind diese Einschätzungen so wirklich zutreffend? Bedeutete die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Politik des Burgfriedens nicht doch, eine Zeit lang an der Seite derer gestanden zu haben, »die Krieg anfangen«?<sup>40</sup> Und wie steht es mit der eigenen Verantwortung auch für gewaltsame Formen der Konfliktaustragung in den Nachkriegsjahren? Ist nicht das Mitwirken hoher mehrheitssozialdemokratischer Funktionäre bei der »Entsorgung« innerparteilicher Probleme durch die Entsendung missliebiger Konkurrenten an die Front auch eine Form *gewaltsamer* Lösung von Konflikten? Kann der zitierte überwiegend positive Blick auf die eigene Geschichte in dieser Periode mit Blick auf die Rolle

---

39 Abschiedsrede des Parteivorsitzenden Willy Brandt beim außerordentlichen Parteitag der SPD in der Bonner Beethovenhalle am 14.6.1987 [Mskript.], S. 2; [https://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Abschiedsrede\\_Willy\\_Brandt\\_Partetag\\_1987.pdf](https://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Abschiedsrede_Willy_Brandt_Partetag_1987.pdf) [7.12.2017].

40 Nur am Rande sei hier darauf verwiesen, dass es durchaus kritischere Positionierungen Brandts mit Blick auf die Politik des 4. August 1914 gibt.

Gustav Noskes und anderer sozialdemokratischer Verantwortlicher bei den aufflackernden Kämpfen im Dezember 1918<sup>41</sup>, bei der gewaltsamen Unterdrückung der Januarunruhen in Berlin 1919 und bei der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs wirklich so pauschal aufrechterhalten werden?

Dies wurde zeitgenössisch aus bürgerlich-konservativer Sicht durchaus kritisch beleuchtet:

»Noch sitzen die Sozialdemokraten oben auf der Regierungsbank und sehen sich gezwungen, mit denselben ›Gewaltmitteln‹ den jetzigen Umsturz von links (aus der Haase-Cohn-Rosenfeld-Ecke her) zu bekämpfen, die sie früher stets als das verbrecherische Rüstzeug des Junker- und Klassenstaats gebrandmarkt haben.«<sup>42</sup>

Eine gerade erschienene Studie hat den Verlauf dieser Jahre und den Übergang zu parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen in den ersten Jahren der Weimarer Republik unter dem Gesichtspunkt der Gewaltpolitik neu untersucht und kommt trotz gelegentlich zu stark vereinfachender Zuschreibungen zu einem doch ähnlich lautenden Befund (auch was die Verantwortung von sozialdemokratischen Akteuren angeht):

»Männer wie Noske oder Heine konnten den Gedanken nicht ertragen, dass zwischen ihnen und ihren Gegnern irgendwelche Gemeinsamkeiten in Bezug auf politische Ziele oder Maßstäbe bestanden. Sie warfen allen, die sich ihnen entgegenstellten, vor, Deutschland in den Abgrund stürzen zu wollen [...].«<sup>43</sup>

---

41 Vgl. das Kapitel »Sieg der Konterrevolution – Scheitern von Reformen« bei *Ernst-Albert Seils*, *Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden. Der deutsche Reichstag im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 2011, S. 727 ff.; zur Rolle Noskes bis heute das Standardwerk: *Wolfram Wette*, *Gustav Noske. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1987.

42 »A« [d. i. Adolf Stein], *Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung, Februar–August 1919*, Berlin 1919, S. 91 f.

43 Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017, S. 290.

Dies führt den Autor zu der Schlussforderung: »Die wirklichen Gründungspfeiler der Republik waren Gewalt und negative Mythen über die im Magma der Revolution rumorenden Gefahren.«<sup>44</sup> Und weiter:

»Die von Regierungstruppen und Freikorps begangenen Gewaltexzesse waren Teil des Gründungsaktes der Weimarer Republik [...]. Dass die Regierung militärische Gewalt als Kommunikationsmittel einsetzte, bietet eine Erklärung dafür, dass die staatlich legitimierte Gewalt im Verhältnis sehr viel mehr Menschenleben kostete als die Gewalttaten der Regierungsgegner von der äußersten Linken.«<sup>45</sup>

Betrachtet man umgekehrt diese Jahre aus dem Blickwinkel der Verantwortlichkeit der »weiter links« stehenden Gruppen und Parteien, wird man – auch aufseiten der heutigen Partei Die Linke – unweigerlich die Frage zu beantworten haben, welche Rolle die schon frühen putschistischen Aktivitäten von linker USPD und KPD spätestens ab 1919 für diese sich immer schneller drehende Gewaltspirale spielten. Davon liest man durchaus bei kritischen Historikern im Umfeld der Partei, wenig aber in offiziellen Verlautbarungen. Neben der verständlichen positiven Bezugnahme auf die Namensgeberin der eigenen Stiftung wäre ebenso eine unvoreingenommen-kritische Beleuchtung von zumindest zwei durchaus kritisch zu hinterfragenden Aspekten des Wirkens Rosa Luxemburgs angebracht: zum einen ihrem gelegentlich allzu blinden Vertrauen in die »Vernunft« der Aktivität der »Massen«, auf deren ungehemmte Entfaltung sie immer ungeduldiger setzte; zum anderen dem gelegentlich auch in der Wortwahl abstoßenden Umgang mit politischen Konkurrenten oder Gegnern, mit denen sie zum Teil bis wenige Jahre zuvor noch gemeinsame politische Aktivitäten oder gar Freundschaften pflegte. Die Abkanzelung aller Vertreter reformistischer Strömungen als bloße »Opportunisten« beziehungsweise der Führungsfiguren des

---

44 Ebd., S. 291.

45 Ebd., S. 336.

sogenannten »marxistischen Zentrums« als »Führer des Sumpfes«<sup>46</sup> spricht nicht gerade für vorausschauende Klugheit auf dem Felde politischer Bündnisfähigkeit. Eine weitere »Kostprobe« dieser intransigenten, letztlich politisch perspektivlosen (um nicht zu sagen: zerstörerischen) Haltung:

»Die Liquidierung des ›Haufens organisierter Verwesung‹, der sich heute deutsche Sozialdemokratie nennt, ist nicht als Privatangelegenheit in den Entschluß einzelner oder vereinzelter Gruppen gegeben. Sie wird sich als unvermeidlicher Nachtrag dem Weltkriege anschließen [...].«<sup>47</sup>

In ähnlicher Weise hätte sich Die Linke auch kritisch mit ihrem »leninistischen Erbe« auseinanderzusetzen. Man darf gespannt sein, ob für breitere Kreise das Geltung beanspruchen wird, was einer ihrer theoretischen Köpfe, Michael Brie, als zugleich unausschlagbar wie unannehmbar bezeichnet: »Der Leninismus als geistig-politisches System darf keine Zukunft in der emanzipatorischen Linken haben.«<sup>48</sup> Diese bemerkenswerte Absage bezieht sich auf die von Lenin schon früh durchgesetzte Einschränkung der Pressefreiheit, die Auflösung der Konstituierenden Nationalversammlung in St. Petersburg und den Abbau des demokratischen Charakters der Räte (Sowjets) sowie der innerparteilichen Demokratie durch Erlass des Fraktionsverbots. Zusammengefasst in den Worten Bries:

»Und tatsächlich haben die Bolschewiki nach dem Sieg im Bürgerkrieg genau diese Unterdrückung von Freiheit und Demokratie

---

46 Rosa Luxemburg, Offene Briefe an Gesinnungsfreunde [6.1.1917], in: *Dies.*, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 234.

47 Ebd., S. 236; zur Kritik vgl. jetzt auch Uli Schöler, Rosa Luxemburg – zwischen Linksradikalismus, Kommunismus und Sozialdemokratie, in: NG/FH 64, 2017, H. 11, S. 76 ff.

48 Michael Brie, Unausschlagbar, unannehmbar. 100 Jahre nach der Oktoberrevolution – die Linke und das Erbe Lenins, in: Neues Deutschland, 31.12.2016/1.1.2017, S. 20.



gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Bäuerinnen und Bauern, ganz zu schweigen von der Intelligenz und bürgerlichen Kreisen, systematisiert und vollendet.«<sup>49</sup>

Wenn also vorliegender Band einen Anstoß, eine Anregung zu einem Neunachdenken in der wissenschaftlichen wie politischen Sphäre geben könnte, dann hätte es genau in dieser Hinsicht zu erfolgen: neben der Kritik an der jeweils anderen Position auch die eigene Parteitradition einer kritisch-selbstkritischen Sichtung zu unterziehen und den Dialog darüber zu beginnen. Erstaunlicherweise kommt eine ehemalige Spitzenpolitikerin der Partei Bündnis '90/Die Grünen in einem Zeitungsartikel mit Blick auf die Ereignisse vor 100 Jahren zu einem ähnlichen Befund:

»Wenn die Sozialdemokraten und die politische Linke in Europa ihre aktuelle Krise und ihre Schwächephase überwinden wollen, müssen sie zwei Bedingungen erfüllen: Sie müssen ihre Angst vor den permanenten medialen Folterwerkzeugen ihrer politischen Gegner besiegen – und sie müssen endlich ihre eigene ewige Spaltungsgeschichte beenden.«<sup>50</sup>

Ob die Angesprochenen die Botschaft hören?

---

49 Ebd.

50 *Antje Vollmer*, Die Spaltung, in: Berliner Zeitung, Nr. 246, 21./22.10.2017, S. 6. Wir weisen nur am Rande auf den bemerkenswerten Aspekt hin, dass sie in ihrem Text auch von den Auswirkungen dieses Schismas auf ihre eigene Partei, Die Grünen, spricht.